



Niederschrift

7. Sitzung Hauptausschuss
17. März 2020, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

6.

Punkt 6 der Tagesordnung: Bürgerfreundlichkeit der Neuorganisation der Terminvergabe und der Arbeitsabläufe bei den Bürgerbüros und Ortsverwaltungen überprüfen

Antrag: AfD

Vorlage: 2019/1327

dazu:

Ergänzungsantrag: FW|FÜR

Vorlage: 2020/0044

Beschluss:

Verwiesen in den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft TOP 6 zur Behandlung auf. Er teilt mit, dass es sich um eine Verweisung aus dem Gemeinderat handele.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) stellt fest, dass sich die Antwort der Verwaltung seit der Sitzung des Gemeinderats nicht geändert habe. Die Situation habe sich jedoch nicht verbessert. Auch der Versuch einer Terminvereinbarung am gestrigen Abend sei gescheitert. Ein Hauptproblem sehe er darin, dass keine Maßnahmen folgen, wenn ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werde. Er fragt nach Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, vereinbarte Termine bei Hinfälligkeit wieder abzusagen und damit für andere wieder zur Verfügung zu stellen. Eine Idee könnte darin bestehen, dass eine geringe Gebühr bei der Terminvereinbarung anfalle. Diese Gebühr könnte bei Absage oder Einhaltung des Termins wieder zurückerstattet werden. Auch bestehe der Wunsch für Personen einen Bypass zu schaffen, die nicht in der Lage seien elektronisch einen Termin zu vereinbaren.

Der Vorsitzende berichtet, dass er den Zeitraum von drei Wochen zur Durchführung einer Ummeldung für zumutbar halte. Er nehme die Empfehlung auf, die organisatorische Behandlung von Notfällen zu überprüfen. Am gestrigen Tage seien - bedingt durch das Corona-Virus - keine Terminvergaben möglich gewesen. Zur derzeitigen Lage teilt er mit, dass es darum gehe, den Face-to-Face-Kontakt auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die nächsten zwei Wochen werden dazu genutzt, um Trennscheiben auf den Schreibtischen und im Schalterbereich anzubringen. Dort wo diese Maßnahme schnell umgesetzt werden können, werde bereits früher in einen geregelten Grundbetrieb übergegangen. Aus diesem Grunde sei derzeit das ganze System hinfällig.

Bürgermeister Lenz ergänzt, dass im Sozialamt/Rathaus West und im Jobcenter ebenfalls mittels Umrüstung auf Plexiglasscheiben auf einen Notbetrieb umgestellt werde.

Der Vorsitzende fügt hinzu, dass es auch weiterhin möglich sein werde, nicht nur online oder per Telefon Anträge zu stellen. Abschließend schlägt **der Vorsitzende** vor, den Prozess der Zuordnung kurzfristig frei gewordener Termine, nochmals zu betrachten. Ein Belohnungssystem, bei Termineinhaltung halte er für schwierig. Er hält es für vorstellbar, dass plötzlich ausgefallene Termine denjenigen angeboten werden, die ohne Termine in den Bürgerbüros erscheinen. Er stellt aber auch fest, dass die Personen, die ohne Termin vorsprechen kein Recht auf eine Behandlung ihres Anliegens hätten. Weiter schlägt er vor, wieder über dieses Thema zu berichten, wenn neue Erkenntnisse und Entwicklungen vorliegen. In Abstimmung mit **Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** wird dieses Thema erneut in den Gemeinderat im Sommer verwiesen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
2. April 2020